

Forum

Werner Müller (Rostock)

Die Gründung der SED - Alte Kontroversen und neue Positionen um die Zwangsvereinigung 1946

Zwangsvereinigung, die Besatzungsmächte und die Demokratie

Der Streit um den Begriff "Zwangsvereinigung" ist so alt wie die SED selbst. So weit sichtbar, prägte ihn einer der unmittelbar Beteiligten: Gustav Dahrendorf. Er war nach Kriegsende zunächst ein glühender Verfechter einer Einheitspartei, wurde jedoch schnell anderen Sinnes und legte auf dem Höhepunkt der Auseinandersetzungen im Februar 1946 seine Funktionen in der Berliner SPD-Führung nieder.¹ Die fünfzigste Wiederkehr des Gründungsdatums der SED hat die kontroversen Bewertungen dieses folgenschweren Einschnitts in die deutsche Nachkriegs-Parteienlandschaft wieder einmal deutlich gemacht, wenn auch mit veränderten Konstellationen. So ging Rolf Badstübner hart mit der SED-Historiographie ins Gericht: "Geht es doch um die radikale Überwindung einseitiger Positionen und auch direkt falscher Sichtweisen; denn offensichtlich sind im Hinblick auf diesen Vorgang von der SED-Führung Leitbilder und Sichtweisen vorgegeben und auch direkt in die geschichtswissenschaftliche Arbeit hineingetragen worden, die nicht der Realität entsprachen..."² Kein geringerer als Wolfgang Leonhard relativierte dagegen das "Zwangsvereinigungs"-Verdikt, indem er den Kompromiß-Charakter der Einheitspartei unmittelbar nach ihrer Gründung hervorhob, aber Druck, Zwang und Gewalt nicht in Abrede stellte.³ Die alte Position der SED - eines freiwilligen Zusammenschlusses - wird im wissenschaftlichen Bereich kaum noch vertreten, wohl aber aus journalistischer Sicht: Friedrich-Wilhelm Schlomann⁴ lehnt den Begriff "Zwangs-

[Vgl.: Sozialdemokratische Partei Deutschlands, Landesorganisation Hamburg: Die Zwangsvereinigung der Kommunistischen und Sozialdemokratischen Partei in der russischen Zone, Als Manuskript gedruckt, o.O. o.J.; mit geringen Textveränderungen wiederabgedruckt in Dahrendorf, Gustav: Der Mensch, das Maß aller Dinge. Hrsg. von Ralf Dahrendorf, Hamburg 1955.

2 Badstübner, Rolf: Gründung der SED. Zur Selbsterstörung einer Legende, in: Utopie kreativ, Nr. 65, März 1996, S. 17.

3 Ostsee-Zeitung, Rostock, 30.11.1995.

4 Der Journalist Schlomann ist selbst Zeitzeuge. Vgl. Schlomann, Friedrich-Wilhelm: Mit soviel Hoffnung fingen wir an 1945-1950, München 1991. Schlomanns Erinnerungen (er lebte damals in Mecklenburg) enthalten jedoch zu der hier behandelten Problematik keine eigenen Berichte.

vereinigung" ab - weil er um den Nachweis bemüht ist, der überwiegende Teil der Sozialdemokratie habe der SED aus freien Stücken zugestimmt.⁵

Günter Benser attestierte für die Historische Kommission der PDS dem Modell "Einheitspartei" sogar überregionale und phasenübergreifende Gültigkeit: "Das politische Projekt einer Einheitspartei der Arbeiterklasse und des gesamten werktätigen Volkes war keine ostdeutsche Einmaligkeit und keine bloße Drapierung eines Führungs- und Machtanspruchs der KPD." Aber "Zwänge" und "Druck", "Androhungen von Gewaltmaßnahmen", auch "Inhaftierungen und Aburteilungen durch Militärgerichte" werden ebenfalls eingeräumt. Für Benser und die PDS stand "1945/46 eine Entscheidung über die Einheit oder Spaltung der Arbeiterbewegung auf der Tagesordnung", hingegen wird die letzte Entscheidungs-Instanz den vier Alliierten zugewiesen: "Bei einer das politische Kräfteverhältnis so nachhaltig verändernden Frage wie Einheit oder Spaltung der Arbeiterbewegung war und ist Neutralität der Besatzungsmächte undenkbar."⁶

In der Tat sind hier eine Reihe von Momenten benannt, die im Zusammenhang mit der Frage nach einer "Zwangs"-Vereinigung⁷ zu neuen Aufschlüssen führen könnten. Leonhard wie Benser streiten Einflußnahmen auf die beteiligten Sozialdemokraten bis hin zu Gewaltakten nicht ab. Die Frage läge nahe, in welchem Ausmaß und in welchen Formen Zwang, Druck und Gewalt historisch vorzufinden sein müssen, um von einer "Zwangsvereinigung" zu sprechen. Das würde die Beurteilung dieses historischen Prozesses letztlich auf die semantische Ebene verlagern - und dieses Problem in einem vermutlich fruchtlosen Streit um Worte enden lassen. Ob aber die "Einheit der Arbeiterklasse" 1945/46 "auf der Tagesordnung" stand, kann nur unter einem ganz anderen Blickwinkel von entscheidender Bedeutung sein: wenn die beteiligten Parteien und Gruppen sie in einem demokratischen Prozeß oder als Resultat eines Konsenses als solche ansehen. Mithin ist also die Frage der Demokratie das Schlüsselproblem.

Vordergründig betrachtet, bekannten sich alle vier Besatzungsmächte zur Demokratie, ebenso alle politischen Kräfte, zumindestens die von den Besatzungsmächten zugelassenen Parteirichtungen im Nachkriegsdeutschland. Im Unterschied zu den Jahren nach 1918 schien nach dem Ende der Nazi-Diktatur offenkundig jede Art der Diktatur von Grund auf diskreditiert, auch die "Diktatur des Proletariats". Diesem allgemeinen Sog zum "Prinzip Demokratie" konnte sich auch die Sowjetunion⁸ und in ihrer Folge auch die KPD nicht verschließen. Demokratische Grundsätze wurden offenkundig überall als ausschließliche Basis eines politischen Neubeginns nach 1945 angesehen.

5 "Einheitsdrang oder Zwangsvereinigung?" Vor 50 Jahren wurde die SED gegründet. DW Dokumentation, Deutsche Welle, Köln, Hauptabt. Monitor, Herausgeber Günter Ingo Bill, März 1996 - Schломann stützt sich vorwiegend auf Erinnerungen. Es spricht für sich, daß er keine Archivalien heranzieht. Selbst die bislang umfangreichste Dokumentation von Andreas Malycha wird nur gelegentlich zitiert. S. Malycha, Andreas: Auf dem Weg zur SED. Die Sozialdemokratie und die Bildung einer Einheitspartei in den Ländern der SBZ. Eine Quellenedition. Bonn 1995.

6 Neues Deutschland, Berlin, 18.12.1995.

7 Zu den Grundzügen der Entwicklung vgl. Müller, Werner: Die Gründung der SED. Zwangsvereinigung, Demokratieprinzip und gesamtdeutscher Anspruch, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B 16-17/96, 14.4.1996, S. 12-21.

8 Verwiesen sei hier nur auf die zweimalige Zustimmung der Sowjetunion zu den Grundsätzen der "Atlantik-Charta".

Neben dem zentralen Problem der Demokratie verdient Bensors Hinweis auf die Rolle der Besatzungsmächte Aufmerksamkeit. Die oberste Gewalt lag selbstverständlich bei ihnen; ob daraus a priori bereits ein Demokratie-Defizit ableitbar ist, wie Benser das tut, ist indes anzweifelbar.

Die KPD - Demokratieverständnis und Parteaufbau

Die Strategie der KPD zielte auf Hegemonie: politisch, ideologisch und organisatorisch. Das bildete den Inhalt ihres Verständnisses von "antifaschistischer Demokratie". Nachdrücklich und wiederholt bekannte sich die KPD-Führung vom Moment ihres legalen Auftretens in Deutschland an zur Demokratie. Vielzitiert sind die Sätze aus ihrem Gründungsaufwurf vom 11. Juni 1945: sie propagierte "den Weg der Aufrichtung eines antifaschistischen, demokratischen Regimes einer parlamentarisch-demokratischen Republik mit allen demokratischen Rechten und Freiheiten für das Volk".⁹ Hingegen war die Distanzierung vom "Sowjet-system" nur ein temporäres Phänomen, "denn dieser Weg entspricht nicht den gegenwärtigen Entwicklungsbedingungen für Deutschland". Das Bekenntnis zur parlamentarischen Demokratie galt hier also klar nicht dem Prinzip, sondern nur für ein historisches Stadium.

In der letzten Phase des Krieges, seit dem Frühjahr des Jahres 1944 hatte die KPD-Führung im Moskauer Exil bereits programmatische und konzeptionelle Planungen für ihr Wirken im Nachkriegsdeutschland betreiben können. Die KPD strebte danach ungeschminkt eine "führende Rolle" an; der Aufbau der Partei "von oben nach unten" besaß große Priorität. Wilhelm Pieck formulierte diesen Anspruch bereits im Oktober 1944: Alle Weimarer Parteien und politischen Richtungen wurden verurteilt; lediglich die KPD wurde als "die einzige wahrhaft nationale Volkspartei" von diesem Verdikt ausgenommen, "auf Grund ihrer von Anfang an konsequent durchgeführten antiimperialistischen, antimilitaristischen Friedenspolitik und der Freundschaft mit der SU".¹⁰ Das bedeutete in aller Deutlichkeit eine Rehabilitierung der gesamten Parteipolitik - einschließlich des "ultralinken" Kurses vor 1935. Die Konzeption der KPD-Führung ging von der Erwartung der "Einschränkung der freien politischen Betätigung" im Nachkriegsdeutschland aus: "vorläufig keine Wahlen, kein Parlament, keine Regierung." Daher sah sie ihre dringendste Aufgabe in der "Eroberung der Massen": "Im Vordergrund wird dabei stehen die Einigung des deutschen Volkes für den gemeinsamen Kampf für eine wahrhaft kämpferische Demokratie, die Garantien schafft gegen den Parteienstreit und für die breiteste Anteilnahme des werktätigen Volkes an allen Maßnahmen des Staates, der Wirtschaft und der Innen- und Außenpolitik."¹¹

Für einen Parteienwettbewerb war hier kein Platz, statt dessen sah sie feste Bindungen der Parteien vor, selbstverständlich auf dem Boden der KPD-Bündniskonzeption: "So muß und wird die KPD in den Volksmassen als die große einigende nationale Kraft wirken und durch ihren Einfluß die anderen Parteien zwingen, entweder in diesem Block mitzuwirken oder sich den Volksmassen entgegenzustellen und sich damit von ihnen zu isolieren. [...] Natürlich gilt

9 Erstmals veröffentlicht in: Deutsche Volkszeitung, Berlin, 13.6.1945.

10 "Nach Hitler kommen wir!" Dokumente zur Programmatik der Moskauer KPD-Führung 1944/45 für Nachkriegsdeutschland, Hrsg. von Peter Erler, Horst Laude und Manfred Wilke, Berlin 1994, S. 274.

11 Ebenda, S. 272.

das ganz besonders gegenüber der SPD." Aus der so skizzierten tragenden Rolle der KPD ergab "sich die dringende Notwendigkeit, so schnell wie möglich die Partei zu schaffen und sie in ihrem Aufbau, ihrer Kadererziehung, ihrer Massenagitation und operativen Arbeit unter den Massen zur Erfüllung dieser Aufgabe zu befähigen und sie zur Führerin dieser Massenbewegung für die demokratische, antiimperialistische Umwälzung in Deutschland zu machen. Für diese Gestaltung der KPD ist uns die Partei Lenins-Stalins die einzige und beste Lehrmeisterin", fügte Wilhelm Pieck an.

Die bolschewistischen Organisationsprinzipien, ein Wahrheits- und Organisationsmonopol, die Absicherung der eigenen Partei vor Einwirkungen von außen und der Wille zum "Hineinregieren" in die anderen Parteien, vor allem die SPD, und ein umfassender Führungsanspruch bestimmten die Konzeption der KPD-Führung 1944/45. Vom Demokratie-Verständnis der übrigen Parteien war man damit weit entfernt. Es bestand lediglich in der Freiheit, dem KPD-Programm zuzustimmen und an seiner Realisierung mitzuwirken. Pluralismus, Parteienwettbewerb und die Chance des Wechsels von Mehrheit zu Minderheit fehlten. Ein Kooperationsangebot der KPD für eine unkündbare Zusammenarbeit in einem "Block" der Parteien und darüberhinaus einer "Aktionseinheit" mit den Sozialdemokraten sollte diese korporative Struktur mit einer KPD als aktivem Kern sichern: es schloß Mehrheits- und Koalitionsbildungen ohne oder gegen die KPD aus.

Hermann Matern, enger Vertrauter Walter Ulbrichts, sprach das vor sächsischen Funktionären offen aus: "Für den Zustand, den wir haben, tragen wir nicht die Verantwortung. Wenn das Volk uns gefolgt wäre, dann wäre das alles nicht. Aber es soll jetzt begreifen, daß es uns folgen muß, sonst wird es noch schlimmer".¹² Er schloß seine Rede mit der Formel, "wir wollen das ganze Volk zur wirklichen Demokratie führen!" Ein knappes halbes Jahr später illustrierte das ZK-Mitglied Matern am Beispiel der sächsischen Landesverwaltung, wie sich der demokratische Prozeß auf die Zustimmung zur KPD reduzierte: "Um demokratische Methoden in der Verwaltung anzuwenden, haben wir seit längerer Zeit die Einrichtung, daß der Block der 4 antifaschistisch-demokratischen Parteien jede Woche einmal mit dem Präsidium der Landesverwaltung alle Fragen der Verwaltung durchspricht, berät und entscheidet, d.h. der Block hat nicht etwa ein Entscheidungsrecht, aber wir nehmen gemeinsam zu den Fragen Stellung und haben bisher alle Maßnahmen einstimmig gebilligt, angefangen von der Bodenreform bis zu allen anderen Verordnungen."¹³

Neben diesem Demokratie-Verständnis wies die Parteikonzeption der KPD eine Sonderrolle zu. Pieck formulierte im Oktober 1944 "als oberstes Gesetz für die Partei, das unter keinen Umständen verletzt werden darf: Es müssen Garantien dafür geschaffen, daß die Partei in ihrem ganzen Wesen, ihrer Organisation, ihrer Politik den ehernen revolutionären Grundsätzen entspricht, die von Lenin u. Stalin für eine kommunistische Partei aufgestellt und die in der KPdSU(B) verwirklicht wurden".¹⁴ Diese KPD sollte zwar zu "einer breiten Massenpartei des werktätigen Volkes werden", zu einer Volkspartei "im wahrsten Sinne des Wor-

12 Der Weg unserer Partei. Rede des Gen. Hermann Matern vor Funktionären der KPD am 1. Juli 1945, o.O. o.J., S. 28.

13 Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv (SAPMO BArch), I 2/2/17, 88.

14 Erler/Laude/Wilke, a.a.O., S. 279.

tes" (so ihr "Kaderchef" Franz Dahlem)¹⁵, aber selbstverständlich eine "Klassenpartei" bleiben, aufgebaut nach den Prinzipien des "demokratischen Zentralismus". Der Führungs- und Gestaltungsanspruch des ZK wurde nicht infrage gestellt, die beanspruchten "Massen" sollten nach und nach mit der Lehre des Marxismus-Leninismus vertraut gemacht werden.

Es blieb also eine hierarchische Partei mit einer internen Erziehungsdiktatur. "Der neu aufzubauende Parteiapparat arbeitete unter Besatzungsrecht, was Fragen nach innerparteilicher Demokratie von vornherein verbot. Gerade dieser Arbeitsstil der Weisungen von oben entsprach Ulbrichts Naturell in idealer Weise. Ein Zusammenschluß von Kommunisten und Sozialdemokraten aber stellte vieles davon wieder zur Disposition", betont und entschuldigt eine neue Biographie Ulbrichts Bemühungen um den Wiederaufbau der stalinistischen Strukturen.¹⁶ Sichtbar wurde das auch an dem umworbenen Personenkreis: die "Sammlungspartei" war an einem Punkte nicht offen: die früheren "Abweichler" der Jahre vor 1933 durften vorerst nicht wieder aufgenommen werden¹⁷, dagegen solche "Antifaschisten", die "sich noch bewähren" - die also ihre Umorientierung noch zu belegen hatten. Daß zugleich die Sicherung der "Einheit und Reinheit" der Partei als vordringliches Problem angesehen wurde, liegt auf der Hand. Eine "gewöhnliche sozialdemokratische Partei westeuropäischen Typus" durfte die KPD genausowenig werden wie auf ihren Positionen ("Sektierertum") von vor 1933 beharren. Sie mußte also von Gründung an auf den Kurs des ZK eingeschworen werden. "Es gibt Kommunisten, die der Meinung sind, daß der Aufruf des ZK für alle anderen geschrieben ist, nur nicht für die Mitglieder der KPD", beklagte sich für viele der Magdeburger Parteisekretär Ernst Brandt im Juli 1945.¹⁸ "Instruktoren" hatten in den Bezirken möglichst schnell die Politik des ZK durchzusetzen: im Juni 1945 waren für die Bezirksleitungen Berlin 5, für Sachsen 8 und für Thüringen immerhin noch drei vorgesehen.¹⁹ Dem neuen Selbstverständnis des ZK als staatstragender Partei entsprechend, wurde auch der Organisationsaufbau dem der öffentlichen Verwaltung angepaßt.

Schon zur Wiedegründung, im Juni 1945, waren die Chancen für die Parteien in der sowjetischen Besatzungszone bereits ungleich verteilt. Das zeigt auch die Praxis der "führenden Rolle" der KPD, über Demokratie- und Parteikonzeption hinaus, eine große Zahl von Funktionären sammeln und für ihren Einsatz in Deutschland vorbereiten zu können. Dies nicht nur unter emigrierten Kommunisten, sondern vor allem auch unter deutschen Kriegsgefangenen, die mit sowjetischer Hilfe nach deren Interessen "geschult" und in den Folgejahren in der Regel ein großes und zugleich loyales Personal-Reservoir darstellten. Mit der Tätigkeit der drei "Initiativgruppen" des ZK der KPD, der "Gruppen Ulbricht"²⁰, "Sobottka" und "Ackermann" waren die führenden Kommunisten gegenüber allen anderen Parteivertretern vor und zu Kriegsende besonders privilegiert. Niemand sonst besaß vergleichbare Ar-

15 Deutsche Volkszeitung, Berlin, 27.7.1945 - Das sei, so Pieck im Oktober 1944, die Weimarer KPD im Grunde bereits gewesen!

16 Podewin, Norbert: Walter Ulbricht. Eine neue Biographie, Berlin 1995, S. 188 f.

17 SAPMO BArch, NL 36/631, 62-63.

18 SAPMO BArch, NL 182/855, 33-35.

19 SAPMO BArch, NL 36/661, 38.

20 Vgl. die umfassende Dokumentation: "Gruppe Ulbricht" in Berlin. April bis Juni 1945. Von den Vorbereitungen im Sommer 1944 bis zur Wiedegründung der KPD im Juni 1945. Eine Dokumentation. Hrsg. und eingeleitet von Gerhard Keiderling, Berlin 1993.

beitsmöglichkeiten im Exil und die Chance, im Prozeß der militärischen Besetzung eine Vielzahl von Positionen zu besetzen. Keine Exilgruppe verfügte über ein nur annähernd gleich großes Funktionärs-Potential. Diese personalpolitische Überlegenheit und die genutzte Chance, Schlüsselpositionen in Verwaltung und Wirtschaft zu besetzen, verschaffte der KPD einen Vorteil, der nie egalisiert, geschweige denn, eingeholt werden konnte - er wurde 1946 lediglich durch die Bildung der SED völlig verdeckt.

Die KPD trat als aktive Wiederaufbau- und Staatspartei auf, welche die "führende Rolle" nicht einforderte, sondern nach eigenem Anspruch realisierte. Matern formulierte das vor sächsischen KPD-Funktionären: "Jetzt tun wir alles, um die Führer des Volkes zu sein, ohne es zu sagen: Durch unsere Politik, durch unsere Arbeit und durch unseren Kampf."²¹ Klagen der Sozialdemokratie, aber auch der beiden anderen Parteien, über die Bevorzugung von Kommunisten und ihrer Vertrauensleute, gehörten in den folgenden Monaten zum politischen Alltag. Matern räumte das implizit im Januar 1946 ein, indem er umgekehrt den Sozialdemokraten vorwarf, sich in der Umbruchphase passiv verhalten zu haben. "Allerdings sitzen in einer Anzahl führender Positionen Kommunisten. Warum? Weil sie im Mai aktiv waren, und gerade die Leute, die am meisten schreien, daß sie nicht genügend berücksichtigt seien, haben ja bis in den Oktober/November hinein eine Politik gemacht, daß sie sich von öffentlichen Funktionen zurückgezogen haben, daß sie keine Ämter übernommen haben, um die Kommunisten abwirtschaften zu lassen."²²

Diese Partei ging von der Erwartung aus, aus eigener Kraft die bedeutendste Organisation im Nachkriegsdeutschland zu werden, dabei die umworbenen "Bündnispartner" fest an sich binden zu können, und deren Aktionsradius, vor allem den der Sozialdemokratie, bestimmen zu können. Zugleich konnten Auf- und Umbau der KPD nach Maximen des ZK, vor allem der rigide Zentralismus gesichert werden. Eine vereinigte Partei hätte dieses komplexe Programm nur gestört. Die Einheitspartei konnte zu diesem Zeitpunkt also weder aus machtpolitischen Erwägungen noch im Interesse des innerparteilichen Regiments im Interesse des ZK liegen.

Zwischen Tradition und Reform: Der Neuaufbau der SPD

Die KPD-Führung beanspruchte, "aus der Geschichte gelernt" und den Kurs der Partei seit 1935 gewandelt zu haben. Ihre Politik 1944/45 zeigte indes, daß sie letztlich die alten Parteitraditionen faktisch rehabilitierte, einen Machtwillen ohne demokratische Spielregeln an den Tag legte und die stalinistischen Parteistrukturen reaktivierte. Die Sozialdemokratie im sowjetischen Besatzungsgebiet bot in der Gründungsphase in großen Zügen das genau konträre Bild: sie verurteilte die als falsch empfundene Politik der Partei vor 1933 - und setzte in der Tat die zögerliche, auf Legalität bedachte und auf dem Bewußtsein einer Minderheitensituation beruhende Politik fort. Selbstverständlich war sie dem sozialistischen Endziel verpflichtet, zugleich stand die parlamentarische Demokratie nicht und nirgends zur Disposition. Im Gegenteil: mit dem Bekenntnis der Kommunisten zur Demokratie schienen die Grunddifferenzen beseitigt. Noch im August formulierte Otto Grotewohl das in aller Deutlichkeit:

²¹ Der Weg unserer Partei, a.a.O., S. 30.

²² SAPMO BArch, I 2/2/17, 86 (Rede auf der ersten "Reichskonferenz" der KPD am 8./9.1.1946).

er sah damit die Gegensätze zwischen SPD und KPD entfallen, das "Kriegsbeil" begraben, das "seit der Weimarer Republik offen auf der Straße lag".²³

Zudem darf nicht übersehen werden, daß sich der Neuaufbau der Sozialdemokratie aus regionalen Zentren heraus vollzog. Die früheren Bezirksorganisationen wurden geradezu zum "Motor" des Neuaufbaus. Das gilt auch für das personelle Reservoir der SPD. Es dominierten Funktionäre, die das Ende der Weimarer Republik als Politiker auf Landes- oder Bezirksebene erlebt hatten. Lediglich Carl Litke im Berliner Zentralausschuß der SPD hatte vor 1933 dem Parteivorstand angehört. Die Sozialdemokratie besaß, anders als die KPD, somit keine schon im Exil geschaffenen Voraussetzungen für längerfristige programmatische und strategische Arbeiten. Von einer zielgerichteten Personalplanung oder gar "Schulung" konnte keine Rede sein. Eine Remigration führender Sozialdemokraten in die sowjetische Besatzungszone gab es nur in geringer Zahl. Die sich wieder formierende Sozialdemokratie war also personell und konzeptionell auf Improvisation und zufällig vorhandene Ressourcen angewiesen. Aus diesem Regionalismus folgten auch - in beschränktem Maße - unterschiedliche Konzeptionen. Die bedeutsamste davon geht auf Hermann Brill in Thüringen zurück: er verfocht (mit anfänglich beachtlicher Resonanz) den Aufbau eines "Bundes demokratischer Sozialisten" mit stark basisdemokratischer Ausrichtung jenseits der "alten" Parteien SPD und KPD.²⁴ Eine sozialdemokratische Gründergruppe in Berlin erwog die Bildung einer deutschen Labour Party. Ansonsten dominierte in den traditionellen Zentren der SPD unumstritten das Konzept des Wiederaufbaus der Sozialdemokratie, allenfalls stand das Ausmaß ihrer Erneuerung zur Debatte. Das galt insbesondere für die meisten Großstädte des sowjetischen Besatzungsgebietes wie Rostock, Magdeburg, Dessau, Halle, Chemnitz oder Leipzig. Gerade hier standen sich Sozialdemokraten und Kommunisten lange Zeit ausgesprochen feindlich gegenüber. Es bedurfte Interventionen aus Berlin und Dresden auf sozialdemokratischer und eines Führungswechsels von Fritz Selbmann zu Ernst Lohagen auf kommunistischer Seite, um ein einigermaßen reibungsloses Nebeneinander beider Parteien zu gewährleisten.²⁵

Für die vielzitierte (und letztlich überzeichnete) Neigung der Sozialdemokratie 1945 zur Bildung einer Einheitspartei gibt es Belegstellen auf unterschiedlichen Ebenen. Teile der sich formierenden Berliner Führung im Zentralausschuß der SPD, voran Gustav Dahrendorf und Otto Grotewohl, griffen das aus Überzeugung auf - Grotewohl honorierte, wie genannt, das Bekenntnis der KPD zur Demokratie. Für Dahrendorf gilt ähnliches: er war aber von Politik und Praxis der KPD rasch desillusioniert und zog schließlich im Februar 1946 die Konsequenzen, legte seine Funktionen nieder und wechselte nach Hamburg.

In den früheren Zentren der Sozialdemokratie gab es nur wenige Fälle, wo sich die Wiedergründer für eine einheitliche Arbeiterpartei aussprachen, wie in Dresden und Görlitz. Für Dresden waren Isolation und Orientierungslosigkeit bezeichnend: den Funktionären lag dort nicht einmal der Aufruf des Berliner Zentralausschusses vom 15. Juni 1945 im Wortlaut vor,

23 SAPMO BArch, NL 72/167, 52.

24 Overesch, Manfred: Hermann Brill in Thüringen 1895-1946. Ein Kämpfer gegen Hitler und Ulbricht, Bonn 1992.

25 Im Detail: Bericht über meinen Besuch in Leipzig, in: Archiv der sozialen Demokratie (AdsD), Bonn, NL Gniffke, 32; insges. Müller, Werner: Sozialdemokratie und Einheitspartei. Eine Fallstudie zur Nachkriegsentwicklung in Leipzig; in: Staritz, Dietrich/Weber, Hermann (Hrsg.): Einheitsfront - Einheitspartei. Kommunisten und Sozialdemokraten in Ost- und Westeuropa 1944-1948, Köln 1989, S. 129-166.

dafür aber der der KPD.²⁶ Wie an manchen anderen Orten auch, wurde der Wiederaufbau der SPD anfangs "nebenamtlich" betrieben; die meisten Gründer besetzten Positionen in Verwaltungen, Behörden oder im Bildungsbereich. Auch das unterschied die SPD von der KPD: hier ein professioneller, hauptamtlicher Apparat, dort das Überwiegen ehrenamtlicher Tätigkeit. Den Dresdner Sozialdemokraten mußte daher ein ehemaliger Reichstagsabgeordneter wie Otto Buchwitz, der in Dresden über keine besondere Bindungen verfügte, willkommen sein. Daß Buchwitz dank der Gunst der Militärregierung und der KPD-Landesleitung in die SPD-Parteiführung gekommen war und der Politik der KPD und der SMAD verpflichtet war, blieb ihnen zunächst verborgen.²⁷

Entsprechend problematisch verlief der Parteaufbau auf dem flachen Lande. Zu kleineren Städten und mehr noch zu Landgemeinden konnten die Sozialdemokraten erst nach und nach Verbindungen aufnehmen - anders als die KPD.²⁸ Insofern ist nicht verwunderlich, wenn hier aus der Perspektive der Unterlegenheit gegenüber der in der Regel von der SMAD besonders geförderten KPD²⁹ die Neigungen zu einer Einheitspartei eher vorzufinden waren.

Das änderte sich jedoch rasch. Als sich vom August 1945 an zeigte, daß nicht die KPD, trotz der besonderen Förderung durch die Besatzungsmacht und trotz der von ihr besetzten Führungsfunktionen³⁰, sondern die SPD zur zahlenmäßig stärksten Partei im sowjetischen Besatzungsgebiet zu werden versprach, kehrten sich die Fronten um. Es zeigte sich, daß die "Einheits"-Frage eine Forderung war, die auf beiden Seiten der "Linken" aus der Position der Schwäche heraus erhoben wurde.

Otto Grotewohl, der ein besonderes Gespür für Machtverhältnisse und Kräftekonstellationen besaß, rückte schon im August 1945 von seinen Bekenntnissen zur Einheitspartei ab. Als sich die ersten Tendenzen im Mitgliederzuström verfestigten und sich zeigte, daß die Sozialdemokratie trotz Abwanderungsbewegungen zur KPD nicht zur Minderheitenbewegung oder Randerscheinung auf der parteipolitischen Linken (wie im KPD-Konzept intendiert) zu werden drohte, demonstrierte Grotewohl sowohl Selbstbewußtsein wie sozialdemokratische Eigenständigkeit. Ende August 1945, auf dem ersten "Bezirkstag" der Leipziger SPD, kritisierte er die Bevorzugung der KPD durch die Besatzungsmacht und verwies auf die Überlegenheit der Sozialdemokratie am Beispiel der Betriebsratswahlen in den Leuna-Werken.³¹

26 Gründung der SPD im Bundesland Sachsen, AdsD, NL Gniffke, 7/2.

27 Fritz Zimmermann: Otto Buchwitz. Ein Lebensbild, Berlin (Ost) 1984.

28 So für Mecklenburg die Erinnerungen von Albert Schulz, des späteren Oberbürgermeisters von Rostock. Erinnerungen eines Sozialdemokraten, Manuskript, AdsD.

29 Es gab auch Ausnahmen, so in der Provinz Brandenburg, SAPMO BArch, NL 182/853, 141.

30 Zweifellos wirkte sich für die KPD auch negativ aus, daß im Zuge der breiten Mitgliederwerbung eine große Zahl von Karrieristen und Konjunkturrittern in die Partei strömte. Dahlem resümierte nach wenigen Monaten: "Es ist klar, mit dem starken Wachstum der Partei wachsen auch die Gefahren. In der sowjetisch besetzten Zone sind, wie es sich jetzt jeden Tag mehr erweist, am Anfang bei der Neubildung der Parteien damals, als sie sich konstituierten und die Leitung noch über keine Kontrollmöglichkeiten verfügte, eine Menge zweifelhafter und schlechter Elemente in die Partei hineingekommen: Abenteurer, sogar zum Teil Kriminelle, Verbrecher. Das äußert sich jetzt in zahlreichen Klagen aus den verschiedensten Bezirken über die Korruption von Bürgermeistern, zum Teil sogar von Landräten. Es kommen Klagen über Verbürokratisierung, Hochmut, Entartung von Kommunisten in bestimmten Verwaltungen." SAPMO BArch, I 2/2/17, 33.

31 1. Bezirkstag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands Bezirk Leipzig, AdsD, Ostbüro, 0394, S. 1f.

Parallel zum eigentlichen "Wunder der Organisationen" im Sommer 1945, als die Sozialdemokratie entgegen allen Erwartungen zur stärksten Partei der sowjetischen Zone wurde, verflieg die noch vorhandene Neigung zu einer Vereinigung mit den Kommunisten - und eine Kooperation wurde als immer schwieriger angesehen. Wiederum Otto Grotewohl setzte mit seiner Rede am 14. September 1945 in einer Massenversammlung ein deutliches Signal: Er forderte für die SPD die Führungsrolle beim Neuaufbau der deutschen Demokratie und bestand daher auf ihrer Unabhängigkeit.³² Das war zugleich eine Kampfansage an den Führungsanspruch der KPD wie auch an ein einseitiges Bündnis mit dieser Partei.³³ Dies spiegelte aber eindeutig die Mehrheitsmeinung der sozialdemokratischen Funktionäre wider.

Der gleichfalls anwesende KPD-Vorsitzende Wilhelm Pieck reagierte "aufgebracht" (so ZK-Abteilungsleiter Richard Gyptner)³⁴, die Rede "war ein Angriff gegen die Kommunisten auf der ganzen Linie".³⁵ Piecks - offenbar improvisierte - Antwort gipfelte in der Forderung nach einer Verstärkung der Zusammenarbeit und der "Aufforderung, eine einheitliche Partei zu schaffen". In dieser sozialdemokratischen Versammlung leistete Pieck sich einen schwerwiegenden Mißgriff, indem er noch auf die "Notwendigkeit der Anwendung des Marxismus-Leninismus" verwies und damit einen Tumult auslöste, der ihn zeitweise am Weitersprechen hinderte.³⁶ Er hatte damit die Position der KPD ins Gegenteil verkehrt. Mit Piecks Rede war die neue Position seiner Partei zugleich fixiert. Alternativen wurden offenbar nicht erörtert.³⁷

Die "gewendete" Einheitsfrage

Die KPD-Führung traf die Wendung der SPD offenbar unvorbereitet. Ihr Parteiapparat war noch in der Konsolidierungsphase und mit der Bodenreform-Kampagne ausgelastet. Auch die SMAD-Vertreter hatten in Gesprächen mit der KPD dieses Thema noch nicht aufgegriffen. Das geschah erstmals im Dezember und im Januar 1946.³⁸ Noch Ende September forderte

32 Wolfgang Leonhard verlegt diese Wendung Grotewohls in den November 1945. Mit der Rede anlässlich des Jahrestages der Novemberrevolution habe Grotewohl eine "mittlere Position" zwischen den Westmächten und der Sowjetunion skizziert, zugleich sich für "eine bedeutsame, wirklich unabhängige Rolle der SPD" ausgesprochen. Landtag Mecklenburg-Vorpommern: Leben in der DDR, Leben nach 1989 - Aufarbeitung und Versöhnung. Einsetzung im Landtag. Zwischenbericht an Landtag. Anhörung zur Situation der Opfer. Veranstaltung "Eigenstaatlichkeit der DDR in ihrer Herausbildung von 1945-1949 im damaligen Mecklenburg-Vorpommern". Zur Arbeit der Enquete-Kommission, Anträge, Debatten, Berichte, Bd. 1, o.O. o.J., S. 183.

33 Die Rede konnte - wenn auch zensiert - noch publiziert werden: Wo stehen wir - Wohin gehen wir? Der historische Auftrag der SPD, Berlin o.J.

34 SAPMO BArch EA 0331, 136.

35 So ein KPD-Beobachter (und Stenograf), SAPMO BArch, NL 72/167, 66.

36 Podewin, Walter Ulbricht, a.a.O., S. 185.

37 Das räumt auch Günter Benser ein: "Es ist damals nicht darüber nachgedacht worden, ob nicht vielleicht auch andere Organisationsformen möglich, vielleicht optimaler gewesen wären, sagen wir eine Bündelung der Kräfte bei organisatorischer Selbständigkeit oder eine pluralistische Natur dieser Einheitspartei". Zum Zusammenschluß KPD-SPD. Interview mit Prof. Günter Benser zur Erklärung zum 50. Jahrestag des Zusammenschlusses von KPD und SPD, in: Disput Nr. 24/1995, S. 2.

38 Badstübner, Rolf/Loth, Wilfried (Hrsg.): Wilhelm Pieck - Aufzeichnungen zur Deutschlandpolitik 1945-1953, Berlin 1994, S. 54 ff.

ZK-Sekretär Anton Ackermann "eine neue Offensive in der Frage der Einheit zwischen SPD und KPD".³⁹ Walter Ulbricht stellte zugleich seiner Partei die Aufgabe, die Mitgliederzahl in kurzer Zeit zu verdoppeln.

Unübersehbar war die Distanz zwischen beiden Parteien, nicht etwa eine Annäherung. Im Berliner Zentralausschuß wurden Zweifel geäußert, ob sich die kommunistische "Bruderpartei" zur "Demokratie im klassischen Sinne" durchgerungen habe.⁴⁰ Inspektionsreisen in die Parteibezirke brachten ein klares Bild. Gustav Dahrendorf bilanzierte im September 1945: "Es fehlen heute weit mehr die Voraussetzungen für eine Vereinigung der Arbeiterparteien als sie im Juni gegeben waren".⁴¹ Erich Gniffke kam Anfang Oktober 1945 nach einer Rundreise durch das sowjetische Besatzungsgebiet zu dem Schluß, "daß die Zusammenarbeit der SPD und KPD-Funktionäre noch viel zu wünschen übrig läßt."⁴²

Klagen gab es unter anderem aus den Städten Halle, Leipzig, Dresden, Magdeburg, Erfurt und Rostock. Die gemeinsamen Ausschüsse arbeiteten offenbar außerhalb Berlins nur sehr sporadisch: Hermann Brill hielt für Thüringen fest, sie hätten "bis Mitte Oktober eine Art Dornröschenschlaf" gehalten.⁴³ Schon zuvor hatte er in einem Rundschreiben formuliert: "In der letzten Zeit können wir diese "Einheitsfronttaktik" der KPD, die auf eine Zerstörung unserer Partei hinausläuft, genau verfolgen."⁴⁴ Sie begann mit Versammlungen von Pieck und Ackermann in Thüringen; es war also kein Alleingang thüringischer Kommunisten.

Zwischen dem September und November 1945 erlebte die Sozialdemokratie in der sowjetischen Zone den Zenit ihrer Autonomie, zugleich konnte sie ihre Organisation konsolidieren. Aber das war ein Zustand trügerischer Ruhe: die KPD entfesselte eine Kampagne zur Vereinigung, die im November voll entbrannt war.

Die Auseinandersetzungen begannen nicht in Berlin, sondern in den Ländern, so in Thüringen und in Sachsen, namentlich in Leipzig und Chemnitz.⁴⁵ Der Kurs auf Selbständigkeit und Unabhängigkeit der Sozialdemokratie, in dieser Phase maßgeblich von Grotewohl getragen, wurde jedoch schon frühzeitig gefährdet. Der Bruch zwischen der Sozialdemokratie des Westens und der sowjetischen Zone zwischen Oktober und Dezember 1945 lieferte die ostdeutsche SPD dem Zugriff von KPD und SMAD aus, ohne daß sie bei ihren westdeutschen Gesinnungsfreunden Rückhalt finden konnte. Die KPD-Führung bemühte sich verstärkt, Organisationsgrundsätze der Sozialdemokratie zu unterlaufen. Sie versuchte nicht nur, auf die Personalauswahl der SPD Einfluß zu nehmen.⁴⁶

39 Dokumente zur Geschichte der kommunistischen Bewegung in Deutschland. Reihe 1945/46, Bd. 2: Protokolle der erweiterten Sitzungen des Sekretariats des Zentralkomitees der KPD, Juli 1945 bis Februar 1946. Bearb. v. Günter Benser u. Hans-Joachim Krusch, München u.a. 1994, S. 136.

40 AdsD, NL Gniffke, 2/2.

41 AdsD, NL Gniffke, 4/1.

42 AdsD, NL Gniffke, 11/1.

43 Sitzung des Gesamtvorstandes des Landesverbandes Thüringen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in Weimar, am Montag, den 26. November 1945, in: AdsD, NL Brill 1, S. 3.

44 Jetzt veröffentlicht in Malycha: Auf dem Weg zur SED, a.a.O., S. 187.

45 Bericht über Chemnitz, AdsD, Büro Schumacher, J 29.

46 Ein drastisches Beispiel stellte eine Notiz an Pieck und Ulbricht vom 7.2.46 dar, mit dem Ziel, den späteren Berliner Oberbürgermeister Dr. Otto Ostrowski "ständig überwachen zu lassen", da er als "einer der fanatischsten Gegner der Sowjetunion und der Kommunisten" angesehen wurde. SAPMO BArch, NL 36/631, 139-140.

So hatte schon im Gründungsprozeß das ZK-Mitglied Hermann Matern gegen die Rückkehr ihm besonders mißliebiger Funktionäre aus der Weimarer Zeit polemisiert,⁴⁷ sie förderte aktiv die Bildung sozialdemokratischer Betriebsgruppen⁴⁸, die einen Fremdkörper im SPD-Parteiaufbau darstellten. Diese wurden in den folgenden Monaten auf sozialdemokratischer Seite häufig zu aktiven Befürwortern der Vereinigung. Durch ihre enge Kooperation bis hin zu gemeinsamen Mitgliederversammlungen mit ihren kommunistischen Partnern⁴⁹ wurden hier schon frühzeitig die Grenzen zwischen beiden Parteien verwischt.⁵⁰ Desgleichen drängte die KPD-Führung immer offener auf gemeinsame "Schulungen" für Funktionäre beider Parteien auf allen Ebenen - auch das war eine Domäne der Kommunisten, der die SPD kaum etwas entgegensetzen hatte. Allerdings versuchten sozialdemokratische Gliederungen das zu unterlaufen.⁵¹

Den Höhepunkt der Eigenständigkeits-Bemühungen der SPD-Führung stellte Grotewohls Rede vom 11. November 1945 zum Gedenken der Novemberrevolution dar, in der er den "Einheits"-Bestrebungen der KPD erneut eine Absage erteilte. Die Vereinigung, so Grotewohl, könne kein Beschluß von Instanzen, auch "nicht im geringsten, das Ergebnis eines äusseren Drucks oder indirekten Zwanges" sein.⁵² Er sah die "Einigung der deutschen Arbeiterbewegung" nur möglich als "Ergebnis des sozialistischen und demokratischen Aufbaus". Gegenüber der nun voll entfalteten Vereinigungs-Kampagne der KPD bemühte sich der Zentralausschuß der SPD, mit einer Strategie der gesamtdeutschen Rücksichtnahme Zeit zu gewinnen. Schon Grotewohl hatte auf "die schnellste Schaffung einheitlicher Reichsparteien" verwiesen.

Mit der ersten "Sechziger-Konferenz" am 21. und 22. Dezember 1945 geriet die SPD-Führung langsam ins Wanken, wenn sie auch zunächst ihre Vorbehalte noch wahren konnte. Anfänglich konnte Grotewohl noch undemokratische Praktiken der Kommunisten und deren Bevorzugung durch die Militärregierung beklagen, doch nach einer nächtlichen "Beratung" führender Sozialdemokraten mit der SMAD stimmten sie im Grundsatz dem KPD-Anliegen zu. Durch Streichung aus dem KPD-Resolutionsentwurf hatten die SPD-Vertreter drei Vorbehalte gewahrt: Vereinigung nur nach einem gesamtdeutschen Parteitag, nur für alle Zonen und zuvor nur Wahlen nach getrennten Parteilisten. Die drei Punkte markierten letztlich nichts anders als die Absage an die "Einheit" nach KPD-Vorstellungen: unmittelbar und auf paritätischer Grundlage. Wilhelm Pieck räumte nach der Konferenz in einer ZK-Sitzung auch ein, seine Partei habe zumindestens in der Frage gemeinsamer Wahllisten eine Niederlage erlitten.⁵³

47 Der Weg unserer Partei, a.a.O., S. 29 f.

48 So gab der brandenburgische KPD-Landesleiter Sägebrecht an, in mindestens sechs Kreisen des Landes Brandenburg habe man den sozialdemokratischen "Genossen geholfen, ihrerseits Betriebsgruppen aufzubauen". SAPMO BArch, I 2/2/17, 102.

49 Die alte These der SED-Historiographie einer Annäherung von KPD und SPD in der praktischen Arbeit wird heute von Siegfried Kuntsche für Mecklenburg vertreten. Vgl. disput Nr. 4/96, S. 5. Das wird behauptet für den Kreis Malchin - also ebenfalls außerhalb früherer "Hochburgen" der Sozialdemokratie.

50 So zahlreiche Beispiele von "Einheits-Resolutionen" in SAPMO BArch, NL 36/634, 57-70.

51 In Dessau verwiesen SPD-Mitglieder auf eine entsprechende "Weisung" ihres Bezirksvorstandes. SAPMO BArch, NL 36/634, 20-21.

52 Text in AdsD, NL Brill 1. Text mit einer ausführlichen KPD-Kritik in SAPMO BArch, NL 72/167.

53 Dokumente zur Geschichte der kommunistischen Bewegung in Deutschland, Bd. 2, a.a.O., S. 365.

Wie auch die Wendung Grotewohls am 14. September 1945 bleiben für den Verlauf der "Sechziger-Konferenz" noch eine Reihe von Fragen offen. Ihr Zustandekommen war Resultat einer "Überrumpelungstaktik".⁵⁴ Aber in erster Linie gilt das selbstverständlich für die Nacht zwischen den beiden Sitzungstagen. Laut Protokoll begannen die Verhandlungen am zweiten Konferenztag um 10.55 Uhr. Stanislaw Trabalski, SPD-Bezirksvorsitzender von Leipzig und Teilnehmer der Tagung, gab an, daß die Zentralaussschuß-Mitglieder abends zur SMAD bestellt wurden. Daher konnte die Konferenz nicht wie geplant, am zweiten Tag morgens, sondern erst mittags fortgesetzt werden.⁵⁵ Für die Zustimmung der SPD-Führung stellt Rolf Badstübner heute apodiktisch fest: "Diese Entscheidung des Zentralaussschusses ist nicht unter freien Stücken und mit einer echten Diskussion zustande gekommen."⁵⁶

Für die SPD war der Konferenz-Ausgang jedoch bestenfalls ein Pyrrhus-Sieg. Da sie aus dem KPD-Resolutionsentwurf nur die ihr nicht genehmen Passagen gestrichen und anschließend der Vorlage zugestimmt hatte⁵⁷, entstand außerhalb Berlins vielfach der Eindruck, die SPD habe der KPD-Konzeption zugestimmt. Später suchte der Zentralaussschuß das in Rundschreiben und Presseverlautbarungen noch zu korrigieren.⁵⁸ Zu dieser Zeit wurde der Kurs auf die Fusion offenbar noch deutlich abgelehnt. Am klarsten kam das naturgemäß in Berlin zum Ausdruck.⁵⁹ Dahlem polemisierte im Stil der Jahre vor 1933 gegen die sozialdemokratische Funktionärsschicht, die er als Gegner der Fusion im Auge hatte: "Berlin ist in der Frage der Einheitsfront der Bezirk, der am rückständigsten ist. Er hat objektiv Schwierigkeiten. Hier gibt es Tausende von ehemaligen Bonzen und Bönzchen aus den Genossenschaften, der Sozialversicherung, den Gewerkschaften usw., die Widerstand leisten, einen ziemlich großen mittleren Funktionärstab, der innerlich von der Notwendigkeit der Vereinigung nicht überzeugt ist und mit Angst an die Frage herangeht."⁶⁰ Noch Ende Januar 1946 attestierte ein Bericht des KPD-ZK der Mehrheit der Berliner Führer und Funktionäre der SPD einen "die Einheit sabotierenden reaktionären Kurs".⁶¹ Gleiches gilt für Thüringen nach dem Vorstandswechsel von Hermann Brill zu Heinrich Hoffmann⁶² und für Leipzig.⁶³

Die Forderung nach einer Urabstimmung, am 6.1.1946 in Rostock erhoben und mehrfach aufgegriffen, war ein letzter, aber angesichts der Haltung der SMAD vergeblicher Versuch, mehrheitsdemokratische Entscheidungen durchzusetzen. Bis Ende Januar konnte der SPD-

54 So zutreffend Rolf Badstübner, in: Gründung der SED, a.a.O., S. 21.

55 AdsD, Interview Trabalski, 22.11.1973, S. 11; Mitteilung v. St. Trabalski an den Verfasser, 29.11.1982.

56 Einheitswille und Zwang, in: Disput Nr. 4/1996, S. 3.

57 Für Schломann ist das kein schwerwiegender taktischer Fehler, sondern Beleg für die Kontinuität sozialdemokratischen Vereinigungswillens. "Einheitsdrang oder Zwangsvereinigung?", DW-Dokumentation, a. a. O., S. 9 (Anm.5).

58 So An die Landesausschüsse und Bezirksverbände der SPD, 12.1.1946, in: AdsD, NL Brill, 1.

59 So Gustav Dahrendorf in einer Unterredung mit Martin Schmidt, SAPMO BArch, NL 36/631, 107-108; eine Vielzahl von Berichten aus SPD-Gremien in Berlin, SAPMO BArch, BPA I/2/044, vom SPD-Bezirksparteitag Berlin im November 1945, SAPMO BArch, BPA I/2/034. Auch Anton Ackermann in der KPD-Führung räumte das ein. SAPMO BArch, I/2/5/40, 82-84 und 95-96.

60 SAPMO BArch, I 2/2/17, 22.

61 SAPMO BArch, NL 36/634, 121.

62 Brief von Franz Lepinski an Erich Gniffke, 14.6.1963, AdsD, NL Gniffke 11/1.

63 Meine Eindrücke über die Vorbereitungsarbeit der KPD zur Bildung einer S.E.D. an der Ruhr und Vorschläge für unsere Gegenmaßnahmen, AdsD, Büro Schumacher J 114.

Zentralausschuß die drei in der ersten "Sechziger-Konferenz" mühsam durchgesetzten Vorbehalte wahren. Am 26. Januar mußte die SPD-Führung dann einlenken und dem Druck aus vier Richtungen zugunsten der KPD-Forderungen nachgeben. Erstens den Besatzungsbehörden, zweitens der KPD-Führung und der von ihr entfesselten Kampagnen, drittens den Fusionswilligen in den eigenen Reihen, so vor allem um die drei Landesvorsitzenden Buchwitz (Dresden), Moltmann (Schwerin) und Hoffmann (Weimar) und viertens den SPD-Betriebsgruppen, bei denen, wie genannt, die Grenzen zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten dank des Wirkens der KPD von Gründung an fließend waren.

Die trügerische Hoffnung auf einen tragfähigen Kompromiß

Ende Januar hatten die SPD-Führungen in der sowjetischen Zone sowie in den Ländern und Bezirken ihre Handlungsfreiheit völlig verloren, sofern sie sich nicht für die Fusion einsetzten. Erich W. Gniffke schrieb am 10.2.1946: "In den letzten Tagen waren Genossen aus Dresden, Leipzig, Halle und aus vielen Provinzorten Mecklenburgs, Provinz Sachsen, Land Sachsen, Brandenburgs und Thüringen hier. Unabhängig brachten sie folgendes übereinstimmung [sic] zum Ausdruck:

- a) überall wird von den sowjetischen Kommandanten auf sofortige Verschmelzung gedrängt,
- b) Erklärungen, wonach die Genossen sich an die Weisungen des Zentralausschusses gebunden fühlen, werden beiseite geschoben.
- c) Überall vermißt man das Eingreifen des Zentralausschusses, hofft aber noch darauf.

Fasse ich die Schilderungen zusammen, so ergibt sich eine ähnliche Situation, wie ich sie unter den Nazis im März 1933 im Lande Braunschweig erlebt habe, als überall unsere Genossen 'freiwillig' aus ihren Ämtern und Stellungen schieden."⁶⁴

Selbst die letzte Entscheidung des Zentralausschusses und des Parteiausschusses der SPD, die Zustimmung zu Art und Termin der Vereinigung am 11. Februar 1946, fiel in einer chaotischen Situation. Zunächst fanden die Fusionsgegner in einer Abstimmung eine Mehrheit. Danach drohten die drei Landesvorsitzenden Buchwitz, Hoffmann und Moltmann, sich vom Zentralausschuß loszusagen und den Zusammenschluß mit der KPD regional zu vollziehen. Das erst änderte die Mehrheiten.⁶⁵ Dem Zentralausschuß blieben nur noch zwei Alternativen: Die SPD in der sowjetischen Zone aufzulösen (was Kurt Schumacher am 8.2.1946 gegenüber Grotewohl und Dahrendorf vorgeschlagen hatte) oder zu versuchen, in der nun sichtlich unvermeidlichen Einheitspartei die sozialdemokratische "Infrastruktur" zu erhalten. Grotewohl war der Meinung, mit dem Erhalt der Organisation den Mitgliedern noch eine gewisse Schutzfunktion gegenüber dem Zugriff von SMAD und KPD bieten zu können.⁶⁶

Der scheinbare Programm- und Strukturkompromiß für die zukünftige SED, im Februar 1946 in einer "Studienkommission" ausgehandelt, begünstigte diese Auffassung. Es gab zwei Konzessionen an die Sozialdemokratie. Zum ersten auf programmatischer Ebene: So schien

64 Schreiben Erich W. Gniffke an den geschäftsführenden Vorstand der SPD, 10.2.1946, AdsD, NL Gniffke, 31.

65 Vgl. die instruktive Schilderung bei Frank Moraw: Die Parole der "Einheit" und die Sozialdemokratie, 2. akt. Aufl., Bonn 1990, S. 152 ff.

66 Zusammenkunft in Braunschweig, 8.2.1946, in: AdsD, Büro Schumacher, J 114.

mit Anton Ackermanns Theorie eines "besonderen deutschen Weges zum Sozialismus" vielen Sozialdemokraten die Perspektive einer autonomen, nicht am sowjetischen Modell orientierten, Entwicklung möglich. Sie wußten nicht, daß die Strategie der "nationalen Wege" der gültigen Generallinie der kommunistischen Weltbewegung entsprach. Darüber hinaus schien das Gründungsprogramm der SED, ihre "Grundsätze und Ziele", auch eine wichtige Konzession an das Prinzip Demokratie zu versprechen: "Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands erstrebt den demokratischen Weg zum Sozialismus; sie wird aber zu revolutionären Mitteln greifen, wenn die kapitalistische Klasse den Boden der Demokratie verläßt".⁶⁷ Zum zweiten ein organisatorisches Moment: Ohne Parallele in den späteren Vereinigungen osteuropäischer Parteien enthielt das Statut der SED das Prinzip der "Parität", alle Vorsitzenden-Funktionen von der Ortsebene an aufwärts mußten doppelt besetzt werden, mit je einem früheren Kommunisten und Sozialdemokraten. Das erschien manchen Sozialdemokraten geradezu als institutionelle Garantie ihres Einflusses in der ungeliebten, weil ungewollten Einheitspartei und suggerierte noch erträgliche Arbeitsmöglichkeiten.

Diese Konzessionen erwiesen sich in gleicher Weise als trügerisch wie die vom Dezember 1945: Sie hatten nicht lange Bestand. Noch vor dem Vereinigungsparteitag, auf einer Parteikonferenz der KPD im März 1946, hatte der KPD-Vorsitzende Wilhelm Pieck sie im Grunde wieder aufgekündigt und zugleich das Hegemoniestreben der Kommunisten offengelegt. Er bezeichnete den "konsequenten Marxismus-Leninismus" als "das granitene Fundament" der Einheitspartei, forderte den "demokratischen Zentralismus und die eiserne Disziplin ihrer Mitglieder". Daher erachtete er auch "eine intensive Schulungsarbeit unter den Mitgliedern und vor allem unter den Funktionären" für vorrangig. Das wurde zugleich als Domäne der Kommunisten genannt. Es stand für Pieck außer Frage, daß "die Partei nur dann erfolgreich wird arbeiten können, wenn an der Spitze eine vom Marxismus-Leninismus vollkommen durchdrungene Funktionärkörperschaft steht und die Mitglieder, gestützt auf diese Lehren, die großen Aufgaben erkennen, die die Partei zu lösen hat."⁶⁸

Fred Oelssner verdeutlichte kurz darauf das kommunistische Verständnis von innerparteilicher Demokratie in der neuen Einheitspartei: Das "ist gar nicht so sehr die Frage der Wahl der Parteinstanzen, der Abstimmung über Parteibeschlüsse, sondern das ist vielmehr die Kunst der demokratischen Führung der Partei. Da hapert es in unserer Partei noch gewaltig. Wir haben eine Partei von außerordentlich straffer Disziplin, und wir sind stolz darauf und hoffen und erwarten, dass in der neuen Partei recht viel von dieser Disziplin da sein wird."⁶⁹

Das Fehlen von Alternativen zur Vereinigung, da die Besatzungsmacht und die KPD die bloße Fortexistenz der SPD nicht hinnehmen wollten und die Hoffnung auf die Tragfähigkeit der Kompromisse des Februar 1946 bildeten den Rahmen für das Handeln sozialdemokratischer Funktionäre. Natürlich wanderten manche in den Westen ab, manche leisteten Widerstand, viele verharrten zwischen Opposition und Passivität. Einige nutzen die Chance auf eine Karriere, manche paßten sich den neuen Verhältnissen an. Ein Dilemma der Sozialdemokratie lag in der Uneinheitlichkeit ihres Verhaltens nach Bildung der SED. Letztlich

67 Protokoll des Vereinigungsparteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD) und der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) am 21. und 22. April 1946 in der Staatsoper "Admiralspalast" in Berlin, Berlin 1946, S. 179.

68 Pieck, Wilhelm: Probleme der Vereinigung von KPD und SPD, Berlin 1946, S. 24 ff.

69 Fred Oelssner in einem Schulungskurs der KPD, 8.3.1946, SAPMO BArch, I 2/2/27, 221.

war die Vorstellung, in der eigentlich ungewollten Einheitspartei den Zusammenhalt des sozialdemokratischen Lagers zu wahren, von vornherein zum Scheitern verurteilt. Denn es hatte bereits zuvor deutliche Risse gezeigt.

So konnten von den "Einheits"-Anhängern Mitglieder und Gliederungen der Sozialdemokratie, in erster Linie aus den Betriebsgruppen, gegen die Parteigremien mobilisiert werden. Noch wichtiger aber war, daß drei Landesvorsitzende in Interessenübereinstimmung mit den jeweiligen KPD-Führungen und den SMA-Chefs notfalls auch zu Abspaltungen und "Alleingängen" in Sachen Parteienfusion bereit waren, auch wenn die Gesamtpartei ihnen nicht folgen wollte. Sie genossen das besondere Vertrauen der Besatzungsmacht. Buchwitz sah sich selbst als "Apostel für die Vereinigung"⁷⁰, fand sich in seinem Landesvorstand häufiger in der Minderheit und war auch nicht bereit, eine Mehrheitsentscheidung über die Vereinigung zu akzeptieren.⁷¹ Hoffmann, auf sowjetisches Votum hin gegen den Willen des Landesvorstandes zum SPD-Landesvorsitzenden bestellt, ging noch darüber hinaus. Er war im Grunde einer der wenigen Exponenten einer "freiwilligen Unterwerfung" (Manfred Wilke). Hoffmann, Ende Februar 1946 von Gustav Brack und Curt Böhme wegen seines Kurses attackiert, wandte ein, die Russen hätten die Einigung befohlen. Es sei nun ihre Aufgabe, das als freie Willensentscheidung auszugeben.⁷²

In der Tat scheint eine nur verschwindende Minderheit in der SPD die Sache der Vereinigung zu ihrer gemacht zu haben - in der KPD gab es offenbare Brüche dank der stalinistischen Strukturen und Traditionen sowieso nicht. Beachtlich ist das weithin sichtbare Faktum, daß ein Großteil der sozialdemokratischen Mitglieder und Funktionäre mit hinhaltendem Widerstand und Verzögerungstaktik auch noch zu einer Zeit reagierten, als die Entscheidung längst gefallen war - und zwar durch die SMAD und die KPD-Führung. Die Hoffnungen und Erwartungen, eine gesamtdeutsche Perspektive würde ihren Positionen letztlich zum Sieg verhelfen, muß aus der Sicht des Jahres 1946 nicht von vornherein als illusionär erscheinen. Letztlich war es nichts anderes als das Vertrauen in eine Mehrheits-Entscheidung, die von allen Alliierten respektiert würde. Bensors Urteil, die Mehrheit sei bereit gewesen, ihren Führungen zu vertrauen⁷³, stellt damit letztlich den historischen Prozeß auf den Kopf: KPD und SMAD suchten mit allen Mitteln die Zustimmung der Führer zu erreichen und eine Artikulation der Mehrheits-Meinung der Mitglieder, eben Abstimmungen, zu verhindern.

Die Rolle der Besatzungsmächte

Bekanntlich haben sich alle vier Alliierten zum Prinzip "Demokratie" für Deutschland bekannt. Daß die Besatzungsmächte nicht "neutral" gegenüber den Fusionsbestrebungen der politischen Linken gewesen sind, ist demnach unter den jeweiligen Prämissen von Demokratisierung zu prüfen.

Bensors Einwand suggeriert eine Gleichbehandlung mit unterschiedlichen Vorzeichen: Was die einen gefördert haben, verhinderten die anderen. Die historische Realität zeigt ein

70 Otto Buchwitz an Franz Neumann, 7.5.1946, AdsD, Ostbüro, 0301 II.

71 SAPMO BArch, NL 95/56, 5.

72 Franz Lepinski, 14.6.1963, a.a.O. (Anm. 50).

73 Vgl. oben Anm. 2.

anderes Bild. Keine der Westmächte förderte eine politische Richtung zu Lasten einer anderen in dem Maße wie die SMAD die Kommunisten. Massive Eingriffe in die innere Autonomie der Parteien wie im Vorfeld der Zwangsvereinigung in der sowjetischen Zone hat es in den Westzonen nicht gegeben. Gniffkes Feststellung, schon im Oktober und November 1945 versuchten die sowjetischen Kommandanten den Zusammenschluß "notfalls auch gegen den Willen des Zentralaussschusses" der SPD zu erreichen⁷⁴, findet auf westlicher Seite keine Parallele. Auf Weisung der SMAD "schalteten sich Orts- und Kreiskommandanten [...] in den Verschmelzungsprozeß ein, erzeugten von unten nach oben den Druck für die Bereitwilligkeit einer nahen Vereinigung auf Orts-, Kreis- und Länderebene." Immerhin wurden, als die Entscheidung längst gefallen war, Zeitpunkt und Verfahren der SED-Bildung von Stalin gebilligt.⁷⁵ Natürlich waren die Westmächte demgegenüber in einer besonderen Situation. Sie brauchten nicht zu Verboten zu greifen⁷⁶ - vor allem, weil sie kein analoges Interesse zur Umgestaltung des deutschen Parteienwesens besaßen. Schließlich war es die KPD selbst, die die Vereinigung unter Bruch von Vereinbarungen "zunächst" für die sowjetische Zone allein rigoros durchsetzte und damit die gesamtdeutsche Perspektive durchbrach.

Der Verweis auf die Besatzungsmächte, und erst recht auf alle vier, taugt letztlich wenig zur Erklärung der Sonderentwicklung der Parteienlandschaft in der sowjetischen Zone. Die KPD-Führung initiierte die Vereinigungskampagne, wie gezeigt, im September 1945, damit weit früher als in den übrigen Staaten der sowjetischen Hegemonialsphäre. Die sowjetische Besatzungsmacht zeigte sich bekanntlich aufgrund ihrer vorrangigen Reparationsinteressen im Frühjahr 1947 noch flexibel in der Frage der Einheitspartei - sie war also bereit, Fehler zu korrigieren. Das verkleinert ihre Rolle in den Jahren 1945/46 nicht.

Zurück zur eingangs genannten Problematik. Der historische Verlauf zeigt, daß massive Einwirkung, Druck und Gewalt konstitutive Elemente der SED-Gründung darstellen. Insofern ist der Begriff "Zwangsvereinigung" angemessen, entgegen der Position von Wolfgang Leonhard. Auch die "freiwillige Unterwerfung" geht an der Sache vorbei. Ebenso unhaltbar erscheint Schlomanns Fazit: "Ohne das Verhalten der Besatzungsmacht unterschätzen zu wollen, so erscheint der Begriff der "Zwangsvereinigung" doch historisch nicht haltbar: er beschreibt nur die eine Hälfte der Wahrheit und verschweigt dabei, daß der Zusammenschluß sehr wohl auf der echten Zustimmung keineswegs weniger Sozialdemokraten beruhte - auch wenn diese oftmals auf Selbstüberschätzung und Wunschvorstellung beruhte."⁷⁷ Dieses Urteil blendet den historischen Prozeß aus: der Beschluß zur Bildung einer Einheitspartei war von KPD und SMAD zu einer Zeit gefaßt worden, als sich auf breiter Front gerade eine Ablehnung herauskristallisierte. Schlomann unterschlägt das offenkundige Faktum, daß es eine Entscheidungs-Alternative nie gab, sondern nur die Zustimmung erwünscht und erlaubt war. Nicht von ungefähr konzentriert sich seine Darstellung auf die Zeit vom Dezember 1945 an, als es allenfalls noch um das "Wie" gehen durfte. Das Verhalten der Sozialdemokratie im Fusionskampf und später in der SED wäre indes noch gesondert zu untersuchen.

Die Auffassung von Günter Benser und der Historischen Kommission der PDS erscheint ebenfalls problematisch. Erstens: Wenn die "Einheit der Arbeiterbewegung" auf der Tages-

74 AdsD, NL Gniffke, 9/3.

75 Badstübner/Loth, Wilhelm Pieck..., a.a.O., S. 63.

76 Im einzelnen Müller, Werner: Die KPD und die "Einheit der Arbeiterklasse", Frankfurt/New York 1979.

77 "Einheitsdrang oder Zwangsvereinigung?", DW-Dokumentation, a.a.O., S. 27 (Anm. 5).

ordnung der Geschichte stand, warum, wenn nicht aus parteistrategischen Überlegungen, "schaltete" die KPD dann im September 1945 vom Kurs der "Aktionseinheit" zur "Einheitspartei" um? Zweitens: Wichtiger als "Agenda"-Fragen ist die Frage der Demokratie. Mit SPD und KPD wurden zwei Parteien völlig unterschiedlicher Strukturen und Traditionen vereinigt - eine Zwangslage, die vielleicht noch größer ist als die in der Vorgeschichte der SED sichtbaren Zwänge. Bensors Argument zum Juni 1945 "Noch nie waren sie sich programmatisch so nahe"⁷⁸, überdeckt den fundamentalen Gegensatz zwischen einer demokratischen Partei, deren Traditionen später in der SED als "Wahlverein" abgetan wurden, und einer marxistisch-leninistischen Partei der "Diktatur des Proletariats". Schon hier zeigen sich die Unterschiede von Demokratie und Diktatur, die den zeitgenössischen Akteuren vor dem Hintergrund des kommunistischen Bekenntnisses zur Demokratie verborgen bleiben mußten. Zum dritten geht Bensors faktische Gleichsetzung der vier Alliierten an der historischen Realität vorbei. Der Vorwurf des Demokratie-Defizits an alle verschleiert das einmalige Ausmaß der Parteinahme der SMAD zugunsten der deutschen Kommunisten und zugunsten der Etablierung der zweiten deutschen Diktatur.

Die "Einheits"-Forderung war 1945/46 genau das, was Benser in Abrede stellte: eine blosse Drapierung eines Führungs- und Machtanspruchs der KPD. Daß manchen Zeitgenossen, auch vielen Sozialdemokraten, die Perspektive einer linken "Einheit" tatsächlich als historisch notwendig erschien, steht dem nicht entgegen. Immerhin beanspruchte die KPD-Führung auch hier, ihre Vorstellungen und Strukturen von Einheit rigoros durchsetzen zu können. Eine gleichberechtigte Kooperation, die auch die innere Autonomie der Sozialdemokratie wahrte, lehnte sie immer, offen sichtbar seit September 1945 ab. Genau diese sozialdemokratische Option aber unterstrich das Ergebnis der von Benser als Sonderproblem behandelten Urabstimmung in den Westsektoren Berlins: ein (wohlgemerkt: demokratisch zustande gekommenes) Doppel-Votum für die Eigenständigkeit der Sozialdemokratie und zugleich für eine gleichberechtigte Kooperation. Aber genau das wollte die KPD-Führung eben nicht (mehr). Badstübner hingegen kennzeichnet ihre spezifische Rolle: "Die KPD-Führung - nicht die ganze KPD, nicht die neuen Mitglieder - die Führung und speziell die von Moskau geprägten Kader waren eigentlich nicht vereinigungsfähig."⁷⁹ Das ließe sich noch zuspitzen: diese Parteielite war auch unfähig und unwillig zur Demokratie, zu der sie sich in der Propaganda bekannten. Daher geht auch Norbert Podewins Argument ins Leere, unter sowjetischer Besatzung konnte es in der KPD keine innerparteiliche Demokratie geben.⁸⁰ Die Stalinisierung der Partei in der zweiten Hälfte der zwanziger Jahre hatte das auf Dauer ausgeschlossen.

Die SED trug 1946 auch nur äußerlich den "Charakter einer linken sozialistischen Volkspartei".⁸¹ Die (natürlich nicht zu Ende geführten) Auseinandersetzungen vor der Fusion setzten sich als interne Differenzen um Linie und Charakter der SED fort. Schon nach dem zweiten Parteitag war einigen führenden Sozialdemokraten in der SED die völlige Veränderung der Lage und damit das Scheitern ihrer Politik bewußt. Auf der Sitzung des Parteivorstandes am 25. September 1947 hielt Erich Gniffke resigniert fest, man habe den Kampf verloren.

78 Ein hoffnungsvoller Auftakt, in: Neues Deutschland, 10./11. Juni 1945.

79 Disput Nr. 4/96, S. 3.

80 Podewin, a.a.O., S. 188 f. - Vgl. oben Anm. 15.

81 Zum 50. Jahrestag des Zusammenschlusses von KPD und SPD, a.a.O., Neues Deutschland, 18.12.1995.

Karl Litke meinte, der gerade vergangene zweite Parteitag gebe nicht die Massenstimmung in der SED wieder. Otto Meier äußerte, die Sozialdemokraten seien auf dem Parteitag überfahren worden; die SED sei jetzt nur noch eine kommunistische Partei.⁸² Das Bild einer "demokratischen" Frühphase der SED zwischen Gründung und ihrer Stalinisierung von 1948 an gehört angesichts der Umstände der Fusion in das Reich der Legende.⁸³ Im Gegenteil: im Frühjahr 1946 bestand offenkundig letztmalig die Chance, den kommunistischen Machtanspruch gegenüber der Sozialdemokratie durchzusetzen und zugleich als demokratisch zu drapieren. Kein geringerer als Wilhelm Pieck räumte das im Nachhinein ein. Zu Beginn der Stalinisierung der SED führte er im Oktober 1948 aus: "Die Dringlichkeit der Vereinigung ergab sich aus dem schnellen Anwachsen der Reaktion und der Notwendigkeit, ihr eine einheitliche Führung der Arbeiterklasse entgegenzustellen. Diese beschleunigte Vereinigung ließ nicht die Zeit zu einer gründlichen Vorbereitung im Geiste des Marxismus-Leninismus und eines ersten Kampfes gegen die revisionistischen und opportunistischen Auffassungen, deren Vertreter mit in die vereinigte Partei übernommen wurden."⁸⁴

82 So in den Notizen von Wilhelm Pieck von der 1. (15.) Tagung des Parteivorstandes am 25.9.1947. SAPMO BArch, NL 36/656, 1-3.

83 Dazu grundsätzlich Weber, Hermann: Gab es eine demokratische Vorgeschichte der DDR? in: Gewerkschaftliche Monatshefte, Nr. 4/5-1992, S. 272 ff.

84 Pieck, Wilhelm: Die ideologische Festigung der Partei, in: Reden und Aufsätze. Auswahl aus den Jahren 1908-1950, Bd. II, Berlin (Ost) 1950, S. 191.